

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 5 | 23. Februar 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

eine Frau aus dem Saarland hat in dieser Woche gängige Vorurteile über Politiker widerlegt: Annegret Kramp-Karrenbauer verzichtet auf ihr Amt als Ministerpräsidentin eines Bundeslandes, um in schwieriger Lage unserem Land in Berlin zu dienen. Das angebotene Amt als Bundesministerin lehnt sie aber ab, um als Generalsekretärin „im Maschinenraum der Partei“ die Erneuerung der CDU einzuleiten. Programmarbeit statt Ministerienklang und das Ohr nah an den Mitgliedern der Partei statt Ministerpräsidentenkonferenz. Das nötigt Vielen im politischen Berlin großen Respekt ab.

Wie sie selber gesagt hat, möchte sie damit auch einen Kontrapunkt setzen zu dem zähen Geschacher um Ministerposten, mit dem in den letzten Wochen vor allem die Bundes-SPD aufgefallen ist. Ich bin sehr optimistisch, dass „AKK“ den Erneuerungsprozess der Partei in Schwung bringen wird und freue mich schon darauf, mit ihr zusammenzuarbeiten. Nicht vergessen sollten wir aber auch einen herzlichen Dank an Peter Tauber, der vier Jahre lang die anstrengende Arbeit des Generalsekretärs verrichtet hat.

Wir im Bundestag schalten allerdings nicht zurück, sondern gehen nach dieser Sitzungswoche in Berlin am Montag gleich in die nächste. An deren Ende wird dann das Ergebnis der SPD-Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag stehen. Es bleibt also spannend in der Bundespolitik.

Ihnen ein schönes Wochenende!

Ihre

Mechthild Heil MdB | Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Email: mechthild.heil@bundestag.de
Telefon (030) 227 77040
Telefax (030) 227 76423



Web: www.mechthild-heil.de

Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil

Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil



Fachkongress „Abtreibung“

Das Werbeverbot für Abtreibungen war diese Woche Thema im Plenum und einem fraktionsoffenen Fachkongress. Neben Ärzten und Juristen war auch eine Vertreterin des Kommissariats der deutschen Bischöfe an der Podiumsdiskussion beteiligt. Die Vorschläge reichten von der unveränderten Beibehaltung bis zur ersatzlosen Streichung des §219a StGB. Natürlich haben Frauen in einer solch schwierigen Situation ein Recht auf sachliche Information, gute Beratung und freie Arztwahl. Schwangerschaftsabbrüche sind aber keine normale medizinische Behandlung wie ein gezogener Zahn oder eine Grippeimpfung. Daher sieht das Gesetz richtigerweise eine Beratungspflicht durch eine der zahlreichen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen vor. Werbung verbietet sich in diesem Zusammenhang, wie auch der Arzt, der den Eingriff vornimmt, an dieser Beratung nicht beteiligt sein darf. Ich möchte auch nicht, dass das unbestrittene Recht der Frauen auf Information und freie Arztwahl als Einfallstor für eine neue Grundsatzdebatte über das Abtreibungsrecht missbraucht wird. ●

Diese Tage liefern Stoff für viele Newsletter...

Ich möchte mich konzentrieren auf die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen, die Zuordnung der Ministerien, die Nominierung von Annegret Kramp-Karrenbauer als Generalsekretärin und die Notwendigkeit eines neuen Grundsatzprogramms.

Zum **Koalitionsvertrag** können Sie eine Auswertung der Details im Anhang zu dieser Berlin Info lesen. Nicht nur für den Bereich Innen, Recht, Verbraucherschutz, den ich mitverhandeln durfte, kann ich sagen, ich bin sehr zufrieden. Wir haben fast alle unsere Punkte durchgesetzt. Aber auch hier gilt wie in den letzten Monaten immer wieder, wenn wir diese unsere Erfolge laut, öffentlich und selbstbewusst darstellen, erschweren wir der SPD die Zustimmung. Das kann am Ende auch nicht in unserem Sinne sein.

Die Debatte innerhalb der CDU hat sich in den letzten Wochen allerdings weniger auf die positiven Inhalte des Vertrages konzentriert, sondern auf die **Verteilung der Ministerien** und auf Personalfragen. Dass der Verlust des Finanzministeriums immer noch schmerzt, steht außer Frage. Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass die CSU nach einer langen Verhandlungsnacht ihre Strategie gewechselt hat, um sich eigene Wunschministerien zu sichern. Als CDU standen wir vor der Entscheidung, vor unsere Wähler zu treten mit der Nachricht: „177 Seiten Vertrag haben wir geeinigt, aber auf den Zuschnitt der Ministerien konnten wir uns nicht einigen, deshalb sind die Verhandlungen gescheitert“ oder „wir haben die Kröte Finanzministerium geschluckt, weil wir überzeugt sind, die Ergebnisse insgesamt rechtfertigen das“.

Ich finde, wir sollten den Wechsel des Finanzministeriums zur SPD auch nicht bedeutender machen als er ist. Die Richtlinien der Politik bestimmt die Bundeskanzlerin und der Koalitionsvertrag bekennt sich ganz klar zur Fortsetzung der stabilen Haushaltspolitik, die wir seit Jahren, auch gemeinsam mit der SPD, durchgesetzt haben. Ein Scheitern der Koalitionsverhandlungen an der Frage der Ministerienverteilung hätten die Menschen in Deutschland uns daher zu Recht sehr übel genommen.

Grundsatzprogramm: Die Debatte der letzten Wochen hat aber auch gezeigt, dass die CDU sich wieder neu auf ihre Grundwerte besinnen muss um Antworten auf die drängenden Fragen der Zukunft zu finden. Man muss sich das einmal vor Augen führen: als das immer noch aktuelle Grundsatzprogramm im Dezember 2007 verabschiedet wurde, war das allererste iPhone gerade ganz neu auf dem Markt, wir hatten keine Finanz- und Eurokrise im Rücken, die Asylbewerberzahlen hatten einen Tiefstand erreicht und ein Brexit war unvorstellbar. Auf der

anderen Seite war Deutschland damals das Wachstumsschluslicht in Europa, die Arbeitslosenquote war über 50% höher als heute und der Bundeshaushalt machte jedes Jahr neue Schulden. Die Herausforderungen der nächsten Jahre werden also deutlich andere sein als sie es im Jahr 2007 waren. Nicht zuletzt haben wir es mittlerweile auch mit einer deutlich gewandelten Parteienlandschaft in unserem Land zu tun. Die CDU muss ihre drei Wurzeln, die christliche, die liberale und die konservative pflegen, damit sie Volkspartei bleiben kann.

Dazu wird auch eine personelle Erneuerung gehören, die mit der Ernennung von **Annegret Kramp-Karrenbauer zur Generalsekretärin** der Partei begonnen hat und sich über die Benennung der Kabinettsmitglieder an diesem Sonntag hinaus sicherlich fortsetzen wird. Wir sollten den Fehler der SPD nicht wiederholen, uns nur mit Personalfragen zu beschäftigen und über der Vergangenheit zu brüten. Die CDU muss die Partei in Deutschland bleiben, die die Zukunft unseres Landes sichert und gestaltet.



Rasselstein Andernach war Thema

Am Montag habe ich mich mit Herrn Julian Willms, dem Leiter des Berliner Büros der thyssenkrupp AG getroffen. Inhalt unseres Gespräches war die geplante Fusion von thyssenkrupp und der europäischen Stahlaktivitäten von Tata und natürlich auch welche Auswirkungen dies auf die Unternehmenstochter Rasselstein in Andernach haben wird. Zu Jahresbeginn konnte ja an dieser Stelle „Entwarnung“ gegeben werden, da sich thyssenkrupp und die Gewerkschaften auf einen neuen Tarifvertrag geeinigt hatten, der den Standort Andernach mit seinen bisherigen Arbeitsplätzen bis 2026 sichert. ●



Am Montag habe ich die 11. Jahrgangsstufe des Gymnasium Calvarienberg im Deutschen Bundestag getroffen. Ein schöner Start in den Tag mit guten Gesprächen.

Thema „Tachomanipulation“

Welche technologischen Möglichkeiten haben wir um unsere Autos vor Tachomanipulation zu schützen? Wem gehören die Daten die mein Auto produziert und wer kann wie darüber verfügen? Darüber habe ich mich heute mit den Herren von der Firma Bosch unterhalten. Es gibt bereits spannende Ansätze, in dieser Wahlperiode werden wir uns weiter mit diesem Thema beschäftigen. ●

